

Vortrag an den Ministerrat

betreffend den ECOFIN-Rat am 5. Oktober in Luxemburg

Der **ECOFIN-Rat** hat sich schwerpunktmäßig mit der Umsetzung der Aufbau und Resilienzfazilität (RRF) und des SURE-Instruments, der Zukunft des Europäischen Semesters in Zusammenhang mit der RRF sowie mit den aktuellen Entwicklungen bei den Energiepreisen befasst. Außerdem hat die EK ihren Legislativvorschlag zur Überarbeitung des Aufsichtsrahmens für Versicherungen („Solvency II“) präsentiert. Schließlich wurden die zwischen dem 12. und 14. Oktober in Washington stattfindenden Treffen der G20 und des IMFC vorbereitet (u.a. die Sicherstellung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, die internationale Finanzarchitektur sowie Energie und Klima betreffend) sowie im Hinblick auf die zwischen dem 31. Oktober und 12. November stattfindende Klimakonferenz (COP26) Schlussfolgerungen zur Klimafinanzierung verabschiedet. Damit wurde bekräftigt, dass sich die EU um eine Erhöhung ihres Finanzierungsanteils bemühen und sich konstruktiv in die Verhandlungen über neue quantitative Ziele einbringen wird (der Beitrag der EU und ihrer Mitgliedstaaten zur internationalen öffentlichen Klimaschutzfinanzierung betrug 2020 13,4 Mrd. Euro). Außerdem ruft die EU die internationalen Partner dazu auf, ihre Anstrengungen ebenfalls zu erhöhen.

Im Mittelpunkt der Diskussionen in der Euro-Gruppe standen die aktuelle Wirtschaftssituation bzw. im Beisein des Direktors der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER), Christian Zinglensen, ebenfalls die aktuelle Entwicklung der Energiepreise. Weitere Themen betrafen die Umsetzung der Prioritäten der Euro-Zone im Rahmen der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne sowie die Ergebnisse des 11. Prüfberichts im Rahmen der verstärkten Überwachung Griechenlands.

Außerdem haben die Vorsitzenden des SSM, Andrea Enria, sowie des SRB, Elke König, über aktuelle Arbeitsschwerpunkte und Herausforderungen in ihren Institutionen berichtet. Thematisiert wurde dabei u.a. Fragen zur strukturellen Transformation des Bankensektors und zur Weiterentwicklung seiner Geschäftsmodelle, u.a. vor dem Hintergrund der

zunehmenden Digitalisierung, sowie die bisherigen Fortschritte bei der Risikoreduktion und Abwicklungsplanung.

Aktuelle Entwicklung der Energiepreise

Dazu wurde sowohl vom Direktor der ACER, als auch von EK und EZB betont, dass die Energiepreisproblematik komplex und vielschichtig sei, und neben den wirtschaftlichen, budgetären und sozialen Implikationen auch zahlreiche andere Fragen, etwa im Hinblick auf Energiesicherheit und -abhängigkeit (wofür andere Ratsformationen zuständig sind) aufwerfen würde. Breite Zustimmung hat die Diskussion für die Einschätzung von EK und EZB gezeigt, wonach die aktuelle Entwicklung zu einem großen Teil auf temporäre Faktoren zurückzuführen ist und die Inflation ab dem nächsten Jahr wieder sinken sollte. Auch sind sich die Finanzminister/innen einig, dass der Energiepreisanstieg nicht zum Anlass für eine Verwässerung der Klimaziele genommen werden sollte und der Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft nicht das Problem, sondern Teil seiner Bewältigung ist. Vom Vorsitz sowohl des ECOFIN-Rates als auch der Euro-Gruppe wurde betont, dass man die weiteren Entwicklungen sorgfältig beobachten werde und eine weitere Vertiefung der Diskussion notwendig ist, um einerseits die Ursachen der Energiepreisproblematik noch besser zu verstehen und andererseits mögliche gemeinsame Handlungsfelder zu identifizieren.

Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität

Unter diesem TOP hat die EK u.a. berichtet, dass bis dato 25 nationale Aufbau- und Resilienzpläne (RRP) übermittelt, davon 21 Pläne genehmigt, und mehr als 50 Mrd. Euro als Vorfinanzierungen an die Mitgliedstaaten ausbezahlt worden sind. Außerdem hat die EK angekündigt, dass es demnächst ein entsprechendes Reporting Tool im Hinblick auf die Umsetzung der nationalen Pläne geben wird und das Scoreboard, mit dem die Umsetzungsfortschritte aufgezeigt werden, wie in der Verordnung vorgesehen, ab Dezember verfügbar sein soll. Außerdem wurde unter diesem TOP der Durchführungsbeschluss zum RRP von Malta angenommen.

Umsetzung des SURE-Instruments

Dazu wurde von der EK berichtet, dass durch das Instrument mehr als 30 Mio. Arbeitnehmer/innen unterstützt, rund 1 ½ Mio. Arbeitsplätze gerettet und für die Mitgliedstaaten Zinersparnisse von mehr als 8 Mrd. Euro erzielt werden konnten. Mit Ausnahme von drei Mitgliedstaaten waren laut EK durchwegs sehr hohe

Absorptionsniveaus zu verzeichnen. Vor dem Hintergrund des skizzierten Erfolgs haben mehrere Mitgliedstaaten betont, dass sie sich SURE auch als dauerhaftes Kriseninstrument vorstellen könnten. Andere Mitgliedstaaten (darunter Österreich) haben hingegen auf den temporären Charakter des Instruments verwiesen.

Europäisches Semester: Erkenntnisse und weiteres Vorgehen im Zusammenhang mit der Aufbau- und Resilienzfähigkeit

Unter diesem TOP erfolgte ein Meinungsaustausch zur Zukunft des EU-Semesters, nachdem dieses pandemiebedingt und aufgrund der RRF angepasst wurde. Dabei haben sich zahlreiche Mitgliedstaaten (darunter Österreich) für eine rasche Rückkehr zum üblichen Semesterzyklus (mit Länderberichten, fiskal- und strukturpolitischen Empfehlungen und der Identifikation makroökonomischer Ungleichgewichte) ausgesprochen. Auch wurde mehrfach betont, dass eine enge Abstimmung zwischen den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen und den nationalen Reformprogrammen sichergestellt werden müsse, um Überschneidungen bei den Berichtspflichten zu vermeiden. Die Präsidentschaft hat angekündigt, dass sie die Diskussion beim ECOFIN-Rat im November fortsetzen möchte.

Review des Aufsichtsrahmens für Versicherer und Rückversicherer („Solvency II“)

Unter diesem TOP hat die EK schließlich ihr am 22. September veröffentlichtes Legislativpaket präsentiert, das einerseits Änderungen der Solvabilität II-Richtlinie und andererseits einen Richtlinienentwurf zur Sanierung und Abwicklung von Versicherungen umfasst. Ziel des Pakets ist es u.a., die Resilienz von Versicherungsunternehmen im Hinblick auf systemische Risiken und Klimarisiken zu erhöhen, den Schutz von Versicherten zu verbessern und die Regeln für kleinere Versicherungsunternehmen zu vereinfachen (Stichwort: Proportionalität). Außerdem erwartet die EK aufgrund der vorgeschlagenen Änderungen eine stärkere Rolle der Versicherer bei der Finanzierung der Realwirtschaft. Seitens des Vorsitzes wurde angekündigt, dass das Paket ab Mitte Oktober auf technischer Ebene behandelt werde.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

5. November 2021

Mag. Gernot Blümel, MBA
Bundesminister